



21. Wahlperiode

Fre 25.08

25/08/2026 SZ

Drucksache 21/ 5074

HESSISCHER LANDTAG

25.08.2026

P (INA)

Entschließungsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Besoldung für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter verfassungskonform gestalten – Gesetzentwurf von CDU und SPD zurückziehen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass es am Gesetzentwurf mit der Drucks. 21/4422 erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken gibt und der Gesetzentwurf dem Anspruch, die Besoldung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter verfassungskonform auszugestalten, nicht genügt.
2. Der Landtag fordert die Fraktion von CDU und SPD auf, den Gesetzentwurf zum „Gesetz über die Anpassung der Besoldung und Versorgung in Hessen in den Jahren 2026 und 2027 und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ zurückzuziehen und einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der die verfassungsrechtlichen Bedenken aufgreift.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. August 2026

Der Fraktionsvorsitzende:

Mathias Wagner (Taunus)